

Sitzungsperiode 2024  
Sitzung des Ausschusses III vom 10. Oktober 2024

---

### **FRAGESTUNDE\***

- **Frage Nr. 37 von Frau ELSEN (ProDG) an Minister FRANSEN bezüglich der TEC Schülerbeförderung**

Kaum ist das Schuljahr gestartet tauchen in den sozialen Medien und in den persönlichen Gesprächen wieder die gleichen Probleme bezüglich der TEC Busverbindungen auf.

Gewisse Busse sind so überfüllt das Schüler an Haltestationen nicht mehr in den Bus einsteigen konnten und stehen gelassen wurden.

Den Busfahrern sind die Hände gebunden und sie fordern die Schüler auf, dass es wichtig ist, dass Eltern persönlich Beschwerde bei der TEC einreichen sollen und am besten möglichst viele dies tun, um dort Gehör zu finden.

Schade ist somit die Feststellung, dass der Hinweis eines Busfahrers seines überfüllten Busses bei der TEC nicht ausreichend ist, um gewisse Anpassungen vorzunehmen.

Die Situation auf den Strecken mit den Schülerzahlen ist jährlich eine neue und durch den Fachkräftemangel bestimmt auch nicht sehr einfach zu stemmen.

In früheren Fragen wurde bereits die schwierige Situation der Berechnung deutlich da die Anzahl Personen zwar nicht überschritten wird aber platzraubende Dinge wie Schultaschen nicht berücksichtigt werden.

Die Befugnisse der Schülerbeförderung liegen in der Wallonischen Region. Dennoch wurde in der Vergangenheit bereits des Öfteren Verbesserung erreicht, nachdem auf ein Problem hingewiesen wurde von seitens der Zuständigen Minister(in).

Diesbezüglich lauten meine Fragen:

1. Gab es zum Schuljahresbeginn erneute Beschwerden, die bei Ihnen oder dem Ministerium eingegangen sind?
2. Wie gesprächsbereit zeigt sich die TEC wenn Probleme aus der DG angesprochen werden?
3. Werden Strecken auf Ebene der DG auch schon mal evaluiert um überfüllte Busse zu vermeiden und Strecken zu optimieren?

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

• **Frage Nr. 38 von Frau PAUELS (CSP) an Minister FRANSEN zu Kaleidos Empfehlung handyfreier Schulen in der DG**

In der vergangenen Woche veröffentlichte das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen Kaleido den alarmierenden Bericht "Die telefonbasierte Kindheit und ihre Folgen für die mentale Gesundheit", in dem der Zusammenhang zwischen übermäßiger Nutzung sozialer Medien und der allgemeinen Verschlechterung der mentalen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen dokumentiert und statistisch bewiesen wird.

Sowohl im Bericht wie auch in der entsprechenden Presseberichterstattung fordert Direktor Manfred Kohlen stellvertretend für Kaleido konsequentes gesellschaftliches Handeln um das Wohl unserer Kinder und Jugendlichen zu schützen. Eine der zentralen Forderungen des Expertenberichts betrifft die Schaffung von echten handyfreien Schulen. Derartige Konzepte werden gegenwärtig in verschiedenen Variationen erprobt, u.a. auch in unserer benachbarten Französischen Gemeinschaft.

Auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gab es im vergangenen Jahr wiederholt Diskussionen über den angemessenen Umgang mit Smartphones und Sozialen Medien im schulischen Kontext. In Anbetracht des umfassenden und alarmierenden Kaleido-Berichts möchte ich folgende Fragen an Sie richten:

1. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen Kaleido und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in diesem wichtigen gesellschaftlichen Thema?
2. Inwiefern steht die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit den unterschiedlichen Schulen der DG im Austausch um die Frage der angemessenen Handynutzung zu sondieren?
3. Wie plant die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in dieser Angelegenheit weiter vorzugehen?

• **Frage Nr. 39 von Herrn SCHRÖDER (PFF) an Minister FRANSEN zur Schaffung einer Abteilung Prävention und Sicherheit am Robert-Schuman-Institut**

In der Regierungserklärung vom 16. September 2024 wurden die neuen Schwerpunkte in der Bildungslandschaft vorgestellt, mit einem besonderen Fokus auf die technisch-beruflichen Sekundarschulen, welche den Jugendlichen den Weg in ein weiterführendes Studium oder zu einem handwerklich-technischen Beruf ebnen.

Erstmals soll mit dem RSI die Möglichkeit erörtert werden, einen neuen Studiengang „Prävention und Sicherheit“ einzuführen, der die Sekundarschüler auf einen Beruf im Sicherheitssektor vorbereitet. In der Wallonie wurden bereits entsprechende Abteilungen geschaffen. Neben dem allgemeinen schulischen Teil, der auf Kursen basiert, die vom föderalen Innenministerium vorgegeben werden, sind Berufsorientierungen durch die Armee, Polizei und Feuerwehr vorgesehen.

Auch in Flandern erfreut sich der Studiengang bereits großer Beliebtheit. Das Programm beinhaltet klassische Fächer wie Mathematik und Geschichte, aber eben auch sehr praxisnahe Inhalte wie einen Erste-Hilfe-Kurs und die Analyse aktueller geopolitischer Entwicklungen.

Hierzu nun meine Fragen an Sie, werter Herr Minister:

1. Wie ist der Stand der Dinge in Bezug auf die Schaffung einer Abteilung Prävention und Sicherheit am Robert-Schuman-Institut?
2. Haben Sie Kenntnisse über die Anzahl Schüler in Flandern und der Wallonie, die sich für das laufende Schuljahr in einer solchen Abteilung eingeschrieben haben?
3. Welche Auswirkungen hätte die Schaffung einer solchen Abteilung auf den ostbelgischen Fachkräftemangel im Sicherheitssektor?

- **Frage Nr. 40 von Frau COLLING (ECOLO) an Minister FRANSEN zur Auswirkung der Begrenzung des Arbeitslosengeldes auf 2 Jahre auf die Begleitung der Arbeitslosen in der DG**

Nach den Wahlen im Juni 2024 einigte sich die potenzielle, aber wahrscheinliche neue Koalition auf föderaler Ebene darauf, dass der Anspruch auf Arbeitslosengeld nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit abgeschafft werden soll<sup>1</sup>. Bisher hat Belgien ein degressives System des Leistungsbetrags, das im Rahmen einer großen Reform im Jahr 2012 eingeführt wurde. Eine vom ONEM durchgeführte Studie zur Bewertung der Auswirkungen der Degression des Arbeitslosengeldes auf die Beschäftigungsquote zeigt, dass diese Reform nicht zu einem Anstieg der Zahl der Personen geführt hat, die von der Arbeitslosigkeit in die Beschäftigung wechseln. In den Schlussfolgerungen der Studie heißt es, dass "keine Beweise für eine Auswirkung der Reform auf den Übergang in Beschäftigung gefunden werden konnten."<sup>2</sup>

Die Idee der Begrenzung des Arbeitslosengeldes ist nicht neu. Einige Nachbarländer praktizieren das Prinzip schon länger. Man erhofft sich dadurch, mehr Menschen kurzfristig in Beschäftigung zu bringen<sup>3</sup>. Doch zahlreiche belgische Studien<sup>4</sup>, aber auch internationale Vergleichsstudien haben gezeigt, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen der Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung und der Beschäftigungsquote gibt. Viel eher spielen wirtschaftliche Faktoren, sowie die gezielte Unterstützung der Arbeitssuchenden bei sehr unterschiedlichen Lebensgeschichten eine zentrale Rolle.

In diesem Zusammenhang habe ich nun folgende Fragen an Sie, Herr Minister:

1. Wie steht die Regierung der Deutschsprachige Gemeinschaft zu dem Prinzip der Streichung der Arbeitslosenunterstützung nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit?
2. Damit diese föderale Reform Früchte trägt, muss die Begleitung der Arbeitssuchenden in den Arbeitsmarkt über das Vermittlungsdekret hinaus optimiert und intensiviert werden. Wie möchte die DG der Anforderung nach intensiverer und effizienterer Begleitung der Arbeitslosen über einen kürzeren Zeitraum personell begegnen?
3. Bei verkürzter Bezugsdauer wird die Zusammenarbeit zwischen ADG und ÖSHZ noch wichtiger. Inwiefern wurde den Bedenken der ÖSHZ von Kelmis, Eupen und Sankt Vith aus ihrer Stellungnahme vom 11. Februar 2024 bei der Umsetzung Rechnung getragen?

- **Frage Nr. 41 von Frau NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP) an Minister FRANSEN zum Aufnahmeverfahren an der AHS**

Auch in diesem Jahr fanden die Aufnahmeprüfungen für das Studium im Bereich Bildungswissenschaften an der autonomen Hochschule wieder statt. Über die Hintergründe dieses Verfahrens werden wir in einigen Wochen ja noch im Rahmen einer Anhörung der autonomen Hochschule in einer Ausschusssitzung austauschen.

Nichtsdestotrotz würden mich folgende Aspekte bereits jetzt interessieren:

1. Wie viele Personen haben in diesem Jahr an der Zulassungsprüfung teilgenommen?
2. Wie viele Anwärter haben die Prüfung bestanden und können somit ihr Studium an der AHS beginnen?

---

1 <https://www.lesoir.be/623883/article/2024-09-19/limiter-les-allocations-de-chomage-deux-ans-la-federation-des-cpas-wallons>, <https://www.rtl.be/actu/belgique/economie/limiter-le-chomage-deux-ans-serait-ce-vraitement-une-catastrophe-budgetaire-nous/2024-09-04/article/707255>

2 [https://www.onem.be/file/cc73d96153bbd5448a56f19d925d05b1379c7f21/576cc9dc92dbd54e2831e7677ba53c507cf4250e/27-10-2022\\_evaluatiedegressiviteit\\_fr\\_def.pdf](https://www.onem.be/file/cc73d96153bbd5448a56f19d925d05b1379c7f21/576cc9dc92dbd54e2831e7677ba53c507cf4250e/27-10-2022_evaluatiedegressiviteit_fr_def.pdf), St. 44, <https://www.lacsc.be/page-dactualites/2024/09/24/limiter-les-allocations-de-chomage-dans-le-temps-cree-de-l-emploi-info-ou-mytho>.

3 <https://www.lalibre.be/debats/opinions/2024/07/31/fin-de-droit-aux-allocations-de-chomage-attention-a-la-mise-en-oeuvre-JHJXFVPGJBBGZSOLMLD3WF5A/>

4 [https://www.regards-economiques.be/index.php?option=com\\_reco&view=article&cid=223](https://www.regards-economiques.be/index.php?option=com_reco&view=article&cid=223), [https://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/designing-fair-and-work-oriented-unemployment-benefits\\_ac17d171-en](https://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/designing-fair-and-work-oriented-unemployment-benefits_ac17d171-en), [https://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/the-effect-of-declining-unemployment-benefits-on-transitions-to-employment\\_cba7af24-en](https://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/the-effect-of-declining-unemployment-benefits-on-transitions-to-employment_cba7af24-en)

- **Frage Nr. 42 von Frau NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP) an Minister FRANSEN zur Gleichstellung von Meisterbrief und Bachelor**

In der Regierungserklärung vom 16.09.24 bezeichnet die Regierung die „duale Ausbildung“ als das Aushängeschild der beruflichen Bildung, des Handwerks und des Dienstleistungssektors in Ostbelgien. Weiter heißt es „unser Ziel in dieser Legislaturperiode ist es, den Bildungsweg Lehre, Gesellen- und Meisterausbildung zu einem dem Studium gleichwertigen und polyvalenten Exzellenz-Weg im Sinne des lebenslangen Lernens zu machen. Der Bildungsweg darf nicht als Plan B wahrgenommen werden. Er soll auch als Plan A verstanden werden.“

So weit so gut. In der letzten Legislaturperiode verkündete der Ministerpräsident, ich zitiere aus dem Grenz-Echo Interview vom 09.05.22: „Wir wollen in Zukunft den Meisterbrief mit einem Hochschulabschluss, einem Bachelordiplom, gleichstellen.“

Damals gab es allgemeines Lob für diese Ankündigung. Auch wir, die SP- Fraktion im PDG, wünschen uns schon lange eine Aufwertung der dualen Ausbildung. Diese Gleichstellung wurde dann auch für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes gemacht, jedoch nicht für das Personal des Unterrichtswesens. Wenn die Zielsetzung der Regierung die Aufwertung der dualen Ausbildung wirklich ernstgenommen und der Beruf des Lehrers ebenfalls aufgewertet werden sollte, wie ja immer wieder angekündigt wird, dann sollte dies auch geschehen und diese Gleichstellung auch so schnell wie möglich erfolgen.

Hierzu meine Frage:

1. Wann sehen Sie die Gleichstellung des Meisterbriefes mit dem Diplom eines Bachelors im Unterrichtswesen vor?

- **Frage Nr. 43 von Frau NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP) an Minister FRANSEN zur Gleichstellung von Diplomen**

Seit einigen Jahren sorgt die Thematik der Gleichstellung von Diplomierungen in der DG immer wieder für Gesprächsstoff. Dies auch während der Ausschusssitzung vom 19/09/24 bei der Vorstellung des Wirtschafts- und Sozialberichts. Aber auch im Austausch mit betroffenen Bürgern stellt man seit Jahren fest, dass es hier noch Handlungsbedarf gibt.

Mitunter werden gleichwertige Diplome oft während Monaten geprüft, obwohl man eventuell das gleiche Diplom schon vor einigen Monaten gleichgestellt hat. Das deprimiert die betroffenen Personen sowie die Arbeitgeber, welche mit Personalmangel zu kämpfen haben, oder Personen, welche sich in der DG selbständig machen wollen. Häufig wird die Problematik des Orgelbauers hervorgehoben, aber auch Hochschulabsolventen oder andere Bereiche sind hier mitunter betroffen.

Vor dem Hintergrund dieser Tatsachen und des Fachkräftemangels, der auch die DG betrifft, sollte uns daran gelegen sein, Diplome zügiger anzuerkennen und ggf. weitere Ausbildungen anzuerkennen.

Meine Fragen an Sie, werter Herr Minister:

1. Wie hat sich die Zahl der Anfragen auf Diplomanerkennung in den beiden letzten Jahren entwickelt?
2. Welche Maßnahme sehen Sie vor, um eine Verbesserung der Anerkennung von Diplomen zu schaffen?

• **Frage Nr. 44 von Frau NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP) an Minister FRANSEN zu Infrastrukturprojekten**

In der Regierungserklärung vom 16.09.24 hat die Regierung in ihrer ersten Prioritätenliste des Schulbauprogramms II u.a. den Teilzeitunterricht Eupen als eine der Prioritäten aufgelistet. Während der Haushaltsberatungen des letzten Jahres wurde verkündet, dass der Umzug in diesem Schuljahr, also 2024-2025, stattfinden würde.

Dazu meine Fragen:

1. Können Sie den Umzug für das Schuljahr 2024-2025 bestätigen?
2. Gibt es ein konkretes Datum?

• **Frage Nr. 45 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister FRANSEN zu den möglichen Anpassungen der Gehaltstabellen (Baremen) im Unterrichtswesen der DG**

Die Ecolo-Fraktion hat in der vergangenen Legislatur immer wieder darauf hingewiesen, dass die Gehaltstabellen des Unterrichtswesens der DG einige Schwächen aufweisen. Zwar war es prinzipiell richtig, dass der damalige Unterrichtsminister Paasch die Gehaltstabellen 2009 reformiert und deutlich vereinfacht hat. Vor der Reform war die Bezahlung viel zu komplex und undurchsichtig. Nach unserer Wahrnehmung ist es jetzt endlich an der Zeit, die verbliebenen Schwächen auszumerzen.

Die Gehaltstabellen folgen dem Grundsatz "Bezahlung nach Diplom". Ausgehend vom jeweils höchsten Diplom wird man also einer Gehaltsklasse zugeteilt. Ungeachtet dessen, wie man zu diesem Prinzip steht, weisen die Gehaltstabellen nach Einschätzung der Ecolo-Fraktion aktuell vor allem folgende Unstimmigkeiten auf:

- Die Diplome der dualen Ausbildung (Gesellen- und Meisterbrief) werden nicht ausreichend wertgeschätzt.<sup>5</sup>
- Der Steigerung von Barema 2+ UW zu Barema 1 UW entspricht nicht der Logik der Gehaltssteigerung zwischen den übrigen Baremen, sondern ist unverhältnismäßig hoch.<sup>6</sup>
- Die Gehaltsentwicklung folgt nicht der Logik "Bezahlung nach Diplom", denn die Unterschiede in der Bezahlung zwischen den Gehaltstabellen werden im Laufe der Karriere immer größer. (siehe Anhang)

Ministerin Klinkenberg hatte am Ende ihrer Amtszeit als Unterrichtsministerin angedeutet, dass auch sie zu der Erkenntnis gekommen ist, dass Anpassungen an den Gehaltstabellen des Unterrichtswesens sinnvoll wären.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen, Herr Minister:

1. Welche Anpassungsbedarfe gibt es Ihrer Meinung nach an den aktuellen Gehaltstabellen des Unterrichtswesens?
2. Halten Sie an dem Vorsatz Ihrer Vorgängerin fest, Anpassungen an den Baremen des Unterrichtswesens vorzunehmen?
3. Falls ja, was können Sie bereits zu den Schwerpunkten der anvisierten Anpassungen sagen?

---

<sup>5</sup> Der Gesellenbrief fällt unter die Kategorie "Kein Diplom / Mittlere Reife" (Barema UW3), der Meisterbrief fällt in die Kategorie "Abitur/Meister" (Barema UW2). Diese Kategorisierung entspricht unserer Einschätzung nach nicht der Wertschätzung, die der beruflichen Ausbildung (dualen Ausbildung) laut Regierung eingeräumt wird.

<sup>6</sup> Unterschied im Durchschnitt bei 40 Arbeitsjahren:  
Barema 1 UW: +28,24 % im Vergleich zu Barema 2+UW  
Barema 2 UW: +9,18 % zu Barema 3 UW  
Barema 2+ UW: +8,24 % zu Barema 2 UW

• **Frage Nr. 46 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Minister FRANSSEN zur Reform der Lehrergrundausbildung**

Die Lehrerausbildung für die Grundschule wird überarbeitet. Die Planung der Neuausrichtung ist in vollem Gange. Ihre Vorgängerin Ministerin Klinkenberg hat Ende der vergangenen Legislaturperiode erklärt, dass der zukünftige Studiengang ein Bachelorstudiengang bleiben wird, obwohl das Studium um ein Jahr verlängert wird.

Dazu hat sich Ihre Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode kritisch geäußert. Unter anderem wiesen CSP-Abgeordnete darauf hin, dass in der Wallonie ein vierjähriger Masterstudiengang ins Leben gerufen wurde.

Die Ecolo-Fraktion hat schon vor Jahren darauf hingewiesen, diese Maßnahme den Lehrermangel zusätzlich verschärfen wird. Daher wäre es wichtig gewesen, den Bildungssektor vor der Verlängerung personell zu stabilisieren.

Daher unsere Fragen an Sie, Herr Minister:

1. Werden Sie an der Entscheidung von Ministerin Klinkenberg festhalten, obwohl Ihre Fraktion diese in der Vergangenheit kritisiert hat?
2. Haben Sie Anpassungen an der Neuausrichtung der Lehrergrundausbildung veranlasst?
3. Sehen Sie den ostbelgischen Bildungssektor personell gut genug aufgestellt, um ein Jahr lang ohne Absolventen der Studiengänge im Bereich Bildungswissenschaften auszukommen?